

nie gesehener Konzentration die Lehre von Religions-Gesetz und Prophetie zusammenfaßte. — Daß dies überwiegend nicht erkannt wurde, ist wohl sehr weitgehend aus Unwissenheit zu erklären. Die gläubig gewordenen Weltvölker aber rechnen diese den ohne jeden Zweifel unschuldigen späteren jüdischen Geschlechtern als Kollektivschuld an, und nun mußte das Volk als Ganzes durch Jahrhunderte den Kreuzweg gehen und nach der Bergpredigt leben... Jeder heidenchristlichen „Mission“ blieb und bleibt dieses Volk unzugänglich; aber aus sich selbst kann es nach der Heimkehr in sein Land nur zur Erneuerung kommen, wenn es den Schritt zu Christus tut, sonst wird sein Staat ein bloßer Staat wie andere auch und verschwindet wieder. Das Evangelium, das aus Israel gekommen ist, muß zurück nach Israel.

In der Aussprache führte u. a. P. Paulus Engelhardt O.P. aus, die Christenheit werde bei der Verständigung mit einem zu Jesus heimfindenden Israel wohl gerade nur viele und dogmatische Vorurteile und nicht „Dogmen zurückstellen“ müssen, wie der Redner gemeint hatte. — Dieser entwickelte noch auf Fragen, daß nicht die erstarrte Orthodoxie, sondern das liberale Judentum, ja das heute z. T. noch „marxistisch“ denkende Judentum der Gemeinschafts-siedlungen, die Trägerschaft jenes religiösen Suchens sei, das zu Christus führen muß, auch wenn heute erst ganz wenige dies zu ahnen beginnen. Professor Dr. Karl Thieme führte aus, daß unter den denkenden Christen heute die Erkenntnis vordringe, so wie Katholiken und Protestanten einander nicht „missionieren“, sondern als „getrennte Brüder“ zu respektieren und auf dieser Basis ein Gespräch um die Wahrheit zu führen begonnen hätten, ähnlich stehe es zwischen den Christen und den Juden, die auch wir als Kreuzträgervolk — ganz unabhängig von der Schuldfrage für Jesu Zeitgenossen — zu verstehen lernen.

9. 9) Stimmen studentischer Jugend

Ein Beschluß des Bundes demokratischer Studentenvereinigungen:

„Der Bund demokratischer Studentenvereinigungen bekennt sich zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung der am Judentum begangenen Verbrechen des Nationalsozialismus und schließt sich der Aktion des Hamburger Senatsdirektors Lüth 'Wir bitten Israel um Frieden' an.“ So lautet einer der Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Bundes demokratischer Studentenvereinigungen, die Ende Oktober in Westberlin abgeschlossen wurde.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. [Düsseldorf, 26. 10. 51.] 29. S. 1)

Die Gruppe der Pädagogischen Hochschule des Landesverbandes Berlin des Sozialistischen Studentenbundes nahm Ende November in nachstehender Entschliebung zu den antisemitischen Ausführungen des Bundestagsabgeordneten Dr. Richter Stellung (s. S. 51). In einem Begleitschreiben brachte die Gruppe den Wunsch zum Ausdruck, damit eine kleine Anregung geben zu können, „wie die Brücken zu den Herzen unserer jüdischen Mitbürger wieder errichtet werden können“. Die Resolution lautet: „Die Gruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbun-

des an der Pädagogischen Hochschule Berlin-Lankwitz hat mit Empörung von den Auslassungen des Abgeordneten Richter der SKP im Bundestag Kenntnis genommen. Wir sind der Auffassung, daß diese ungeheuerliche Entgleisung die letzte sein muß, die in Deutschland gegen das israelitische Volk ausgesprochen werden kann, und wir bitten alle zuständigen Stellen, dafür zu sorgen, daß sich ähnliche Vorfälle nicht mehr ereignen können. Wir sind fest davon überzeugt, daß kein Volk der Erde einen größeren Anspruch auf Reparationen hat als das jüdische und eine nur moralische Wiedergutmachung in keinem Falle genügt. Wir verpflichten uns, als künftige Erzieher alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um in der deutschen Jugend die Prinzipien der Menschenrechte, insbesondere aber die Tolerierung anderer Völker, Rassen und Konfessionen zu fördern.

Darüber hinaus schlagen wir als konsequente Fortsetzung des Aufrufes „Friede mit Israel“ eine Aktion der deutschen Jugend „Wiedergutmachung für Israel“ vor. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, schnellstens Stellung zu der Reparationsnote der israelischen Regierung zu nehmen. Wir fordern die deutsche Industrie auf, ernsthafte Vorschläge zu machen, wie der sich mühsam aufbauenden Industrie des Landes Israel geholfen werden kann. Wir bitten die Parteien und Gewerkschaften, diese unsere Forderung zu unterstützen. Wir fordern die deutsche Jugend — vor allem die akademische — auf, sich zu einem freiwilligen Aufbaudienst im Lande Israel bereitzuerklären. Wir bitten das jüdische Volk, diesen Aufruf so aufzunehmen, wie er gemeint ist. Er soll den Willen der deutschen Jugend zeigen, das nach ihrer Ansicht Notwendige dazu beizutragen, die Wunden der Vergangenheit zu heilen, das Verhältnis zwischen unseren Völkern zu bessern und zu beweisen, daß wir nicht nur Worte sprechen wollen, sondern auch bereit sind, Taten folgen zu lassen.“

(Nach: „Allgemeine Wochenzeitung für Juden. VI. [Düsseldorf, 30. 11. 51.] 34. S. 1)

Vorlesungen über jüdische Kultur- und Geistesgeschichte gefordert

Die Studentenvertretung der Westberliner Freien Universität will ihre Vertreter in den Fakultäten und im Senat beauftragen, sich für öffentliche Vorlesungen über jüdische Kultur- und Geistesgeschichte einzusetzen. Der Vertreter der Studentenschaft im Kuratorium soll sich dafür verwenden, daß die notwendigen Mittel zur Errichtung eines Lehrstuhls für Jüdische Kultur- und Geistesgeschichte bereitgestellt werden. Die Vollversammlung der philosophischen Fakultät der Freien Universität hat einstimmig diesen Beschluß der Studentenvertretung gebilligt.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung“ V. [Düsseldorf, 16. 2. 51.] 45. S. 1)

Nach Redaktionsschluß wird uns bekannt, daß in München mehrere Studentengruppen, darunter die „Katholische Studenten-Gemeinde“, und in Göttingen die Vertretung der Gesamtstudentenschaft sich der Aktion „Friede mit Israel“ angeschlossen haben.

10) Kleine Nachrichten

10/1) Schriftsteller ruft zur Hilfe für die Juden auf

Der Schriftsteller Wolfgang Weyrauch hat die deutschen Schriftsteller in einem „Manifest“ zur Hilfe für die noch in Deutschland lebenden Juden aufgerufen und sie aufgefordert, sich in ihrer Arbeit mit dem Schicksal der unter dem nationalsozialistischen Regime rassistisch Verfolgten auseinanderzusetzen.

Weyrauch schlägt vor, als praktische Hilfe solle jeder Schriftsteller nach seinem Einkommen eine jüdische Waise oder einen Insassen eines jüdischen Altersheimes unterstützen. Außerdem sollte er eine Arbeit schreiben „und mit der äußersten Konsequenz zu veröffentlichten suchen“, die das Los der Juden in Deutschland unter der nationalsozialistischen Herrschaft behandelt.

Außer Luise Rinser, Alfred Andersch und Albrecht Goes, erklärt Weyrauch, habe sich kein einziger deutscher Schriftsteller — „mich eingeschlossen“ — um das Los der

Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1945 öffentlich gekümmert oder sich mit ihrem Schicksal auseinandergesetzt. Die deutschen Schriftsteller sollten darüber nachdenken, ob sie sich nicht eines besseren besinnen wollten. Ihr bisheriges Schweigen schmälere das Ansehen ihres Standes und beeinträchtige die Ehre des Vaterlandes. Es hindere ferner, daß sich das Phänomen der Gerechtigkeit in Deutschland ausbreitet. Wiedergutmacht könne nichts mehr werden. Aber „wäre es ausgeschlossen, daß wir den Juden, die noch unter uns sind, helfen?“

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. [Düsseldorf, 26. 10. 51.] 29. S. 2)

10/2) Zur Wiedergutmachung

Die Reparationskonferenz in New York wählte zwei Komitees. Das eine besteht aus den 20 Vertretern der Organisationen und hat politische Fragen zu behandeln. Das andere besteht aus 12 Personen und hat praktische Schritte vorzubereiten. In diesem Komitee befinden sich Dr. Leo

Baeck, Dr. N. Barou, Jacob Blaustein, Dr. Abraham Cohen, Frank Goldmann, Dr. Nahum Goldmann, Dr. Israel Goldstein, Adolph Held, Dr. Isaac Lewin und Dr. Irving Miller.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 51. [Zürich, 9. 11. 51.] 45. S. 11)

10/3) Gefährdung des Friedens und der Versöhnung

In der 175. Sitzung des deutschen Bundestages am 15. November anlässlich der Behandlung der Wiedergutmachung kam es zu einer ersten antisemitischen Äußerung vor diesem Forum durch den Abgeordneten Dr. Richter (Fraktionslos Niedersachsen). — Dieser führte aus, daß Professor Carlo Schmid (SPD) einmal erklärt habe, das erblose Vermögen müsse dem jüdischen Staat nutzbar gemacht werden. In diesem Zusammenhang sagte er, daß die israelische Regierung „letzten Endes nur durch eine Aggression entstanden“ sei. Da sich Israel mit Deutschland noch im Kriegszustand befinde, würde die Anregung Carlo Schmidts bedeuten, daß er „mit dem Feind zusammenarbeitet und ein Kollaborateur ist“. Der SPD-Abgeordnete Mellies gab zu überlegen, ob der von dem Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers erteilte Ordnungsruf genüge und nannte Richters Redensarten eine „antisemitische Strolchrede“. In einer Erklärung beurteilte die Bundesregierung die Ausführungen Dr. Richters als schwere Entgleisungen, die den Staat Israel aufs Schwerste beleidigt haben müssen.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. [Düsseldorf, 23. 11. 51.] 33. S. 1)

Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland verwahrt sich entschieden gegen die provokatorischen Äußerungen des Bundestagsabgeordneten Richter, die eine Beleidigung der Juden, des Staates Israel und der um die Verständigung bemühten deutschen Demokraten darstellen.

Der Abgeordnete Richter hat mit seiner Erklärung, die im Bewußtsein der Immunität im Bundestag abgegeben wurde, sich der Tradition eines Goebbels, Streicher und Rosenberg würdig erwiesen. Wir bezweifeln, daß die erteilte Ordnungsstrafe in einem entsprechenden Verhältnis zu dem Grade nationalsozialistischer Brunnenvergiftung steht, deren Folgen allgemein bekannt sind.

Es muß jedenfalls festgestellt werden, daß der Sache des Friedens und der Versöhnung schwerer Schaden zugefügt wurde.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“, VI. [Düsseldorf, 23. 11. 51.] Nr. 33. S. 3)

Die Bundesregierung hat ihr Befremden über die antisemitischen Äußerungen des Bundestagsabgeordneten Dr. Franz Richter ausgesprochen. Sie nennt sie schwere Entgleisungen, die den Staat Israel aufs schwerste beleidigt haben müssen, und versichert erneut, daß sie nach wie vor allen etwa auftretenden antisemitischen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird.

In der Erklärung der Bundesregierung heißt es: Mit Befremden hat die Bundesregierung die Ausführungen des rechtsradikalen Bundestagsabgeordneten Dr. Richter zur Kenntnis genommen. Dr. Richter hat den Staat Israel und seine Regierung sowie den SPD-Abgeordneten Professor Carlo Schmid, der sich für die Wiedergutmachung des an den Juden begangenen nationalsozialistischen Unrechts eingesetzt hatte, auf das schwerste beleidigt. Die Bundesregierung hofft, daß die schweren Entgleisungen des Abgeordneten Richter von der Welt überhört, und wenn gehört, nur als das verstanden werden, was sie sind: Worte einiger weniger gewissenloser Elemente, die aus einer Vergangenheit, die wir bedauern, nichts gelernt haben. Die Bundesregierung wird auch weiterhin allen etwa auftretenden antisemitischen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Sie weiß sich in diesem Vorgehen mit der Mehrheit des deutschen Volkes einig.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. [Düsseldorf, 23. 11. 1951] Nr. 33, S. 11)

„Kulturschande“ überschreibt die „Welt der Arbeit“ (Wochenzeitung des deutschen Gewerkschaftsbundes, 16. 11. 1951) einen Artikel, wo sie das Wiederauftreten der SS mit der noch nicht erfolgten Wiedergutmachung an den Opfern in Zusammenhang bringt. „Wer soll die Worte, die zum Frieden mit Israel gesagt wurden, noch glauben? Wer soll hohe Politiker noch ernst nehmen,

wenn die Vertreter des Mordes sich neu organisieren können und auch noch offene Türen finden?“.

10/4) Zentral-Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

Aufgrund von Verhandlungen, die schon seit einigen Monaten mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Bundesministerium des Innern und der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege geführt wurden, ist die Zentral-Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland in der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege vom 9. 11. 1951 in Frankfurt a. M. offiziell in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen worden.

Der jüdische Wohlfahrtsverband war bis 1932 anerkannter Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege.

10/5) Synagoge wird Kirche

Das „Consistoire central israélite de France“ hat der kleinen protestantischen Gemeinde von Sonones (Vogesen) in Würdigung des Beistandes, der den Juden während der Besetzung zuteil geworden ist, eine ehemalige Synagoge geschenkt. Das durch die deutschen Truppen weitgehend zerstörte Gebäude ist wiederhergestellt und in feierlicher Weise seiner neuen Bestimmung als Kirche übergeben worden.

(In: JUNA [Zürich, 22. 2. 51.] 50/51, S. 8)

10/6) Selektive Einwanderung

Jewish Agency gibt Änderungen in der Einwanderungspolitik bekannt.

Die Jewish Agency hat beschlossen, daß in Zukunft 80% der Einwanderer aus Ländern, in denen eine Auswahl möglich ist, nicht über 35 Jahre sein dürfen und daß alle im Besitz einer ärztlichen Bescheinigung sein müssen, die, von den jeweiligen Auswahlbüros nach Untersuchung durch einen israelischen Arzt ausgestellt werden. Ferner müssen sich alle ungelernten Einwanderer verpflichten, zwei Jahre lang in landwirtschaftlichen Betrieben zu arbeiten.

Die restlichen 20% des Kontingents müssen ihre Arbeitsfähigkeit beweisen können. Zu diesem Einwandererkreis können auch diejenigen Personen zählen, die über ausreichende Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes in Israel verfügen, oder deren in Israel lebende Verwandte sich zu ihrer Unterstützung bereiterklären.

Die Jewish Agency betonte, daß sie von diesem Programm nur in Notfällen abweichen werde. Sie gab keine ziffermäßige Einwanderungsquote für das Jahr 1952 bekannt. Aller Voraussicht nach wird sie aber 150 000 nicht überschreiten, von denen die Mehrzahl aus dem Balkan und den arabischen Ländern kommen soll.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung für Juden. VI. [Düsseldorf, 30. 11. 51.] 34. S. 2)

10/7) Medizinische Probleme in Israel

Dr. Moses Einhorn, der Redakteur des in New York herauskommenden „Hebrew Medical Journal“, teilt nach einem Aufenthalt in Israel mit, daß es im Lande 3000 Ärzte gibt. 1700 sind durch die verschiedenen Krankenkassen beschäftigt, 200 stehen im Dienste der Regierung und die anderen üben eine private Praxis aus. Alle verdienen ihren Lebensunterhalt. Die europäische Einwanderung brachte genügend Ärzte mit, nicht aber die orientalische, die dazu noch eine vermehrte ärztliche Betreuung notwendig hat. Ärzte sind deshalb weiter sehr gesucht. Die 1000 Zahnärzte genügen den Anforderungen ebenfalls nicht. Zahntechniker sind deshalb nach einer Prüfung zur Praxis ebenfalls zugelassen. In den Spitälern fehlt es ferner an genügend Einrichtungen und Medikamenten. Zur Versorgungslage bemerkt Dr. Einhorn, daß es bald Gemüse genug geben werde. Dagegen wird es einige Jahre gehen, bis die Bäume Früchte tragen werden. Er empfiehlt, den Lebensmittelpaketen Gaze, Baumwolle, Verbandzeug, Seife und Vitamintabletten beizulegen.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 51. [Zürich, 9. 11. 1951], 45. S. 7/9)

10/8) Das schwedische theologische Institut in Jerusalem

In Gemeinschaft mit den Universitäten von Upsala und Lund hat die schwedische Kirche im Februar 1951 ein theologisches Institut eingerichtet, in dem Theologiestudenten aus den skandinavischen Ländern ein Studien-

jahr verbringen können. Das Institut steht unter der Leitung von Professor Hans Kosmala.

Der Stundenplan umfaßt die folgenden vier Lehrfächer: Altes und Neues Testament, incl. Geschichte und Archäologie; Jüdische Geschichte und ihre Religion; Neuhebräisch; Der Staat Israel und seine Probleme.

(In: News Sheet. XXI. [London Sept./Okt. 51] 5. p. 10/11)

10/9) Israel und der Lutherische Weltbund

In einem eingehenden Artikel über „Israel und das deutsche evangelische Eigentum im Heiligen Land“ befaßt sich Professor Adoli Keller in den „Basler Nachrichten“ (vom 16. November) mit dem Abkommen zwischen Israel und dem Lutherischen Weltbund, wie es am 29. August unterzeichnet wurde. Die eigentlichen Kultstätten, so führt Prof. Keller aus, wurden für den Gottesdienst der Christen zurückerworben. „Für das andere Eigentum wurde eine Entschädigung vereinbart, wodurch die Missionsarbeit im übrigen Palästina weitergeführt werden soll. Es war für den deutschen Protestantismus nicht leicht, eine Entschädigungssumme schließlich anzunehmen, die immerhin weit unter dem Marktwert des christlichen Eigentums in Israel lag. Für die ganze Weiterführung und Verwaltung dieses Werkes tritt nun der Lutherische Weltbund ein und erhält damit dem Weltprotestantismus ein Stück wertvollster Arbeit im Heiligen Lande.“ „Die schwierigen Verhandlungen“, so fährt Prof. Keller fort, „wurden erleichtert, nicht nur durch den Einsatz der Unterhändler, zu denen auch der schweizerische Konsul Lutz gehörte, sondern auch durch das Entgegenkommen des Staates Israel selbst, der damit den Grundsatz des Schutzes religiösen Eigentums ebenso anerkannte, wie nach dem ersten Weltkrieg die britische Regierung es tat, als es sich darum handelte, deutsches kirchliches und Missionseigentum, namentlich in Ägypten, vor der Sequestrierung und damit vor dem Untergang zu retten. So sind diese Verhandlungen zwischen Israel und dem Weltluthertum auch als besonderes politisch-kirchliches Rechtsproblem bedeutsam geworden.“

(In: „Israelitisches Wochenblatt“ 51. [Zürich, 23. 11. 51] 47. S. 38)

10/10) Synhedrion?

„Einem Geschlecht, das die Gründung eines selbständigen jüdischen Staates erlebt hat, kann es auch vergönnt sein, die Wiederentstehung des Synhedrion mitzuerleben“. Mit diesen Worten umriß Raw Maimon, Religionsminister Israels, in einer Rede in New York seine Stellung zur viel diskutierten Frage der Bildung eines Synhedrions. Er schilderte die Bemühungen, die unternommen werden, um eine zentrale Institution zu schaffen, welche für religiöse Fragen die höchste Autorität sein soll. Dies bedeutet, daß keine außenstehenden Gemeinden mit eigenen religiösen Behörden anerkannt werden können, was sowohl nach „rechts“ gilt, als auch nach „links“ für sog. Reformgruppen. Die Bildung liberaler Gemeinden würde keinem allgemeinen Bedürfnis entsprechen, haben doch selbst Führer der Mapai erklärt: „Wenn wir schon in die Synagoge gehen, wollen wir ein traditionstreues Bethaus aufsuchen; und wenn es sich um eine religiöse Trauung handelt, so wollen wir einen orthodoxen Rabbiner.“ Raw Maimon wies auch die Anschuldigungen zurück, das religiöse Judentum strebe danach, ein Zwangsregime, eine Priesterherrschaft einzuführen. Für die Ziele des thora-treuen Judentums wird nur mit legalen demokratischen Mitteln gekämpft.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“ 51. [Zürich, 23. 2. 51] 8 S. 9)

10/11) Israel und die arabischen Staaten

Die UNO-Versöhnungskommission für Palästina hat Ende November bekanntgegeben, daß sie ihre Bemühungen um eine Einigung zwischen Israel und den arabischen Staaten aufgebe. Die Partner seien nicht bereit, von ihren bisherigen Standpunkten abzurücken, und es fehle jegliche Grundlage zur Verhandlung. Die Kommission will den Vereinten Nationen einen Bericht über ihre bisherige Arbeit und den Verlauf der Pariser Konferenz vorlegen, in der versucht wurde, die strittigen Probleme zwischen Israel und den Araberstaaten zu klären. In der Erklärung der UNO-Kommission zum Abbruch ihrer

Verhandlungsbemühungen hieß es wörtlich: „Am 14. November 1951 beriet die Versöhnungskommission für Palästina mit den Delegationen Israels und den Delegationen der Araberstaaten, um die Stellungnahme der Delegationen zu den umfassenden Vorschlägen zu erfahren, die den Parteien zur Diskussion und Erwägung im gründlichen und realistischen Geist gegenseitigen Verständnisses unterbreitet worden waren.“

Nach genauer Prüfung der von den Parteien am 14. November abgegebenen Stellungnahmen und im Lichte der in Paris geführten Verhandlungen ist die Kommission zu der Überzeugung gekommen, daß ihre Bemühungen fehlgeschlagen sind, da keine Partei eine substantielle Bereitschaft zeigte, von ihrer starren Position abzuweichen und eine Lösung anzunehmen, die dem Inhalt der von der Kommission unterbreiteten Vorschläge entsprechen würde.

Angesichts der von den Parteien bewiesenen Haltung hat sich die Kommission mit Bedauern zum Abbruch der Konferenz entschlossen, die am 10. August dieses Jahres einberufen worden war.

Wie bereits in den am obigen Datum erlassenen Einladungen zum Ausdruck gebracht wurde, wird die Kommission über die Konferenz und die von der Kommission daraus gezogenen Beschlüsse der Vollversammlung durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen ausführlich Bericht erstatten.“

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. 30. 11. 51] 34 S. 16)

10/12) Aufruf des Vatikans an Christen, Mohammedaner und Juden

Der Vatikan-Sender appellierte an Christen, Mohammedaner und Juden, die Vereinten Nationen um Intervention gegen die kommunistischen Pläne „zur endgültigen Vernichtung jeder Religion“ zu ersuchen.

(„Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ VI. [Düsseldorf, 19. 10. 51] 28. S. 18)

10/13) Judentum und Kapitalismus

Basel. Im Rahmen der Volkshochschulkurse: „Zur gegenwärtigen Lage des jüdischen Volkes“ sprach Privatdozent Dr. J. P. Halpérin, Genf, über das Thema: „Sind Juden die hauptsächlichsten Träger der heutigen kapitalistischen Wirtschaft?“ Der Vortragende betonte, daß er als Historiker und speziell als Wirtschaftshistoriker die gestellte Frage nur mit einem klaren Nein beantworten könne. Die Frage werde ungefähr seit einem halben Jahrhundert gestellt. 1904/1905 habe sie der deutsche Soziologe Max Weber in zwei Aufsätzen behandelt über das Thema: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“. In dem Buch von Richard Tawney: „Religion und Frühkapitalismus“ werde dieses Thema ebenfalls erörtert, desgleichen von dem Italiener Fanfani und vor allem in dem sehr umstrittenen Buch von Werner Sombart (erschienen 1911): „Die Juden und das Wirtschaftsleben“. Sombart war der Ansicht, daß der Einfluß der Juden auf die kapitalistische Entwicklung entscheidend war. Dem hält Dr. Halpérin entgegen, daß zwischen der jüdischen Religion und dem Kapitalismus als Wirtschaftsform keine Beziehung besteht. Keynes betonte, daß der moderne Kapitalismus völlig irreligiös sei. Weder in der Bibel noch bei den Propheten sei ein kapitalistisches Motiv zu finden. Der Vortragende bezeichnete Sombarts These, daß „ohne den Juden kein Kapitalismus möglich sei“, als völlig einseitig. Bekanntlich sei wirtschaftliche Blüte oft genug in Ländern zu finden, wo keine Juden ansässig waren. Sombart behaupte jedoch, daß dort, wo die Juden waren, wirtschaftliche Blüte gewesen sei, und dort, wo sie fortzogen, wirtschaftlicher Niedergang. Dr. Halpérin warnte vor Verallgemeinerungen. Z. B. seien die Hebräer unter König Salomo durchaus nicht begabt für den Handel gewesen, sondern waren auf die Phönizier als tüchtige Kaufleute angewiesen. Auch heute überschätze man den Anteil der Juden am Wirtschaftsleben. In der Londoner City gebe es nur fünf jüdische Bankhäuser. In New York sei der Prozentsatz der Juden an der Börse viel kleiner als der jüdische Prozentsatz der gesamten Bevölkung.

(In: „Israelitisches Wochenblatt f. d. Schweiz“ 51 [7. 12. 51], Nr. 49, S. 23)

10/14) Appell an die Erzieher

Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge hat bei ihrer Mitgliederversammlung am 4./5. Dezember eine Entschließung gefaßt, in der sie feststellt, daß

sich jüdische Kinder und Jugendliche noch oft abseits stehen fühlen, anstatt daß sie besonders herzliches Entgegenkommen finden. Die Entscheidung wendet sich an alle Eltern, Lehrer und Erzieher mit der Bitte, es als ausdruckliche Erziehungsaufgabe anzusehen, ein echtes mitmenschliches Verhalten in den Kindern und Jugendlichen grundzulegen und bittet die gesamte deutsche Öffentlichkeit, sie dabei zu unterstützen.

10/15) Martin Buber erhält den Hansischen Goethe-Preis Hamburg, 11. Dezember. Ag. (DPA.) Die Universität Hamburg hat den Hansischen Johann Wolfgang Goethe-Preis dieses Jahres an den ordentlichen Professor für Sozial-Philosophie an der hebräischen Universität in Jerusalem, Professor Dr. Martin B u b e r, verliehen.

10/16) Erich Lüth in Freiburg

... daß in Israel ein Ölbaum wachse"

Erich Lüth spricht das Gewissen der Deutschen an

Unter dieser Überschrift berichtete die „Badische Zeitung“ vom 15./16. 12. über den Besuch des Hamburger Senats-

direktors Erich Lüth in Freiburg i. Br. Erich Lüth sprach auf Einladung des Colloquium politicum des Studium generale der Universität Freiburg am 13. 12. über das Thema: „Aussöhnung mit den Juden“. Er forderte auf zu einer sozialen Hilfsaktion für Israel: jeder solle es bewirken, daß ein Ölbaum mehr in Israel gepflanzt werde. „Ölbaumspende“ solle diese Spende heißen“. Diese den Verhältnissen in Israel angepaßte materielle Spende soll zugleich unter dem Symbol des Ölbaums ein Zeichen der Versöhnung werden.

Nicht nur die Anwesenden des Abends waren tief beeindruckt, darüber hinaus fand der Vortrag ein weiteres Echo in einer im Freiburger Münster am folgenden Sonntag darauf bezogenen Predigt, die die christlich-jüdischen Beziehungen zum Inhalt nahm und eindrucksvoll auf die Aufgaben hinwies. —

Anläßlich des Freiburger Aufenthaltes von Senatsdirektor Lüth hatte der Freiburger Freundeskreis die Freude, im Werthmannhaus des Deutschen Caritasverbandes einige Fragen christlich-jüdischer Arbeit fruchtbar mit ihm zu besprechen.

11) Literaturhinweise

Beiträge zur christlichen Betrachtung der Judenfrage von Linus Bopp, Paul Démann, Michael Müller-Claudius, Wilhelm Neuss, Karl Thieme, Freiburg/Br. 1951. Verlag des vorl. Rundbr. 77 S. gg. Überwieg. v. DM 2,50 erhältl.

Die Welt kann mit der seltsamen Fortexistenz des Judentums nicht fertig werden. Für die Welt selbst ist das im Grunde höchst verwunderlich, für den Christen aber gerade kein Wunder, denn diese Tatsache entspricht auf das genaueste der Offenbarung. Sie ist die geschichtlich immer neu erlebte Bestätigung dafür, daß Gottes Wort nicht dahinfällt, daß seine Verheißungen unbereubar sind, daß wohl der Mensch und ein Volk, sogar das auserwählte, untreu werden können, Gott aber sich und seinen Verheißungen treu bleibt. Um so trauriger ist es aber, wenn selbst die Christen das einzigartige Schicksal dieses Volkes nicht mehr im Licht der Offenbarung und der Hellswege Gottes zu sehen vermögen. Gott erlaubt auch ihnen nicht, so zu tun, als ginge sie dieses Volk nichts mehr an. Wer so denkt, wird schon damit an Gott schuldig, ist jedenfalls in der nächsten Gelegenheit zu solchem Schuldigwerden. Es hat sich in den Jahren der Verfolgung gezeigt. Auch die unter den Christengläubigen, deren Glauben nicht aus der Schrift genährt war, blieben gegenüber der Ansteckung des Judenhasses oder der Verachtung nicht gefeit. Und in solchen Zeiten vermehrt auch das leiseste ungeläuterte Ressentiment das Gewicht der öffentlichen Meinung und die Brisanz der offenen Gewalt. Bevor noch alle das eingesehen und für die Mitschuld genugtun haben, sind viele bereits wieder dabei zu vergessen — und damit der nächsten Verfolgung den Boden zu bereiten. Es geht hier nicht nur um Gerechtigkeit, die einem jeden, auch jedem Volk geschuldet wird; es geht um eine ganz spezifische Gerechtigkeit, weil sie durch dieses Volk hindurch dem Gott gilt, der es zu seinem Volk gemacht hat.

Die „Beiträge zur christlichen Betrachtung der Judenfrage“, die Gertrud Luckner gesammelt herausgibt, helfen sehr zu einem echten Denken, Sprechen, Verkündigung aus dem Glauben. Die 5 hier auf 77 Seiten vereinigten Studien enthalten viel ausgezeichnete theologische und geschichtliche Erkenntnisse, die sich doch auf Schritt und Tritt mit den Erfahrungen unseres Alltags verknüpfen. Was Karl Thieme in „Die Judenfrage im Lichte des Gotteswortes“ anschnellet und in seiner bekannter Weise mit aktuellen Lichtern nach vielen Seiten versieht, insbesondere durch die Parallelisierung mit dem deutschen Schicksal, wird in den folgenden Studien in einem Gang durch die Geschichte vertieft: „Die Kirche und das Judentum in der Geschichte“. Der Bonner Kirchenhistoriker W. Neuss bringt darin, wie uns scheint, manche ganz neuen Einzelheiten zutage. Mit „Die Juden inmitten der Deutschen einst und jetzt“ stellt F. M. Müller-Claudius eine eindringliche Gewissenserforschung an, die mitten in die gefährliche Gleichgültigkeit hineinleuchtet. „Die Juden von heute“ werden noch einmal unter einem ähnlichen Gesichtspunkt von dem belgischen Pater Paul Démann (Kongregation von Notre Dame de Sion) Gegenstand einer Darstellung und Deutung. Der letzte Beitrag stammt von Prof. L. Bopp: „Die religiöse Güterwelt des Alten Gottesvolkes in der Liturgie und Verkündigung der Kirche“. Nach unserer Meinung müßte in jedem Jahr einmal in der Verkündigung etwas Wesentliches über die heilsgeschichtliche Stellung des Judentums gesagt werden. Viele Evangelien geben dazu Anlaß. Aber vieles andere noch aus der Liturgie. Prof. Bopp hat das Material umfassend dargestellt. So wird das Heft gute Dienste tun bei der „Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und dem Neuen Gottesvolk im Geiste der beiden Testamente“. Eugen Walter.

R. W. Hynek, Golgathas Geheimnis und Tage der Vergeltung. München 1951. A. Girnth Verlag. 317 Seiten.

Henry Daniel-Rops, Jesus. Der Heiland in seiner Zeit. Freiburg-München-Innsbruck 1951. Abendländische Verlagsanstalt. 750 Seiten.

Diese beiden neuen Bücher über Jesus und seine Passion gehören in keiner Weise zu den Spitzenleistungen heutigen Bemühens um dieses wichtigste Thema, zu denen — je auf eigene Art — etwa Guardinis „Das Bild von Jesus dem Christus im Neuen Testament“, Pickls „Messiaskönig Jesus“ und Willams „Leben Jesu“ im deutschsprachigen

katholischen Bereich zu zählen sind. (Auch Vezins „Evangelium“.) Die zahlreichen Mängel, Lücken und eigentlichen Fehler der Darstellung nachzuweisen würde hier zu weitläufig sein; wir beschränken uns dem Sinn dieses Rundbriefs gemäß, auf die Behandlung des jüdischen Problems durch beide Autoren.

Hynek, der bekannte Vorkämpfer für die Echtheit des Turiner Grabtuchs, das auch in diesem Buche eine große (zu große) Rolle spielt, zeigt leider geradezu klassisch, wie man in einem Buche über Jesus nicht über Jüdisches schreiben soll. Zunächst fallen die völlig unzulänglichen Vorstellungen des Verfassers vom Alten Testament peinlich auf (S. 23 f. und vor allem die skandalösen Ausführungen über Isaias S. 233). Sodann befremdet seine — in dieser massiven Form mit den Stellungnahmen des kirchlichen Lehramts schwerlich vereinbare — Ankündigung, „daß das tausendjährige Reich Gottes (Jo. 20, 1—10) Wirklichkeit werden wird“ (S. 235), als sei die seit Augustin vorwiegende Auffassung, wonach es längst wirklich ist, nicht einmal der Erwähnung wert. Vollends unfassbar aber ist die ziemlich unverhüllte Ankündigung eines endgültigen göttlichen Strafgerichts über die Juden (S. 299 f.), deren Antwort an Pilatus: „Sein Blut komme über uns...“, sich nach Hynek „fortwährend auch bis heute noch erfüllt; eine Antwort, die kein Ende nimmt, vielleicht erst am Ende dieser Zeiten...“ (S. 185). Nur „vielleicht“; und darum wird zwar in eine Isaias-Prophetie (10, 22) gewaltsam hineingelesen, Israel werde „wie Meeressand über die Erde verbreitet sein, wird aber dann bis auf kleinere Reste zugrundegehen“ (S. 299); — in der authentischen neutestamentlichen Gottes-Offenbarung durch Paulus aber wird „Röm. 11, 25—27“ von H. nur unter Weglassung der entscheidenden Aussage zitiert: „und so wird ganz Israel gerettet werden“ (S. 300), so daß der anschließenden Wiedergabe der Fürbitte für das Alte Gottesvolk am Christkönigsfest das Mark geraubt wird: die Gewißheit, daß Gott sie überschänglich erhören wird, weil er sein Verheißungswort wahrmacht.

Daniel-Rops' in fast jeder Hinsicht seriöseres, wenn auch leider in der Ausnutzung des Josephus-Zeugnisses (auf Pickls Spuren) über die zetelische Widerstandsbewegung gegen Roms Okkupation hinter Hynek weit zurückbleibendes Buch zeigt vergleichsweise gerade so viel an Bemühen um Verständnis auch für die Rolle der Juden in Jesu Geschichte, wie man sozusagen als absolutes Minimum von einem verantwortungsbewußten christlichen Autor (vollends nach Auschwitz!) erwarten muß. Ausdrücklich wird (S. 617) betont, es komme uns „nicht zu, uns als Richter aufzuspielen“, wo Jesus selbst am Kreuz für seine Feiniger gebetet“ habe. (Umsonst suchen wir auf den mehr als 20 Seiten Hyneks über Christi Kreuzesleiden die Zitierrunde dieser Bittel!) Und treffend bemerkt Daniel-Rops (S. 620), daß Israel im Karfreitagsdrama „abermals seine geheimnisvolle Rolle eines Zeugen und Abbilds der ganzen Menschheit übernommen und das Neim des sündigen Menschen gegenüber der Botschaft des Heiles dargestellt hat“, bzw. — mit Péguy — „Nicht, die Juden haben Jesus Christus gekreuzigt, sondern unser aller Sünden.“

Paul Claudel, Höre Israel! Amriswil 1951, Bodensee-Verlag. Amriswil-Friedrichshafen.

Mit der vollen Kraft seiner dichterischen, an der Bibel genährten Sprache hat der greise Claudel diese Meditation, diesen Appell aus-gestattet, zu dem die Heimkehr des Volkes Israel in sein Land ihn nötigt.

... Und denn auch, im Jahre 1936, dieses Erdbeben, das die Kirche des Heiligen Grabes erschütterte, so daß heute nur noch eine schlecht und recht unterbaute und zusammengefallene Ruine übrig bleibt, welche gegenwärtig infolge der internationalen und interkonfessionellen Widerstände jedem Versuch zum Neuaufbau Trotz bietet.

Nun wohl, ich frage mich, ob es nicht Gott selbst ist, der Israel bei der Hand nimmt und es in sein Land zurückführt, ob nicht Gott Israel holen gegangen ist, eigens um es vor diese nicht wiederherstellbare Ruine hineinzupflanzen und ihm zu sagen: Sich die Trümmer meines Hauses! ... Ich verlange von Israel nicht etwa, daß es sich hie und nunc bekehre. ... Im Augenblick handelt es sich nicht darum, unvereinbare Moral- und Glaubenslehren zu verschmelzen. Es handelt sich nur um Steine und Mörtel. Es handelt sich um das unerträgliche Ärgernis: ein armseliger alter Bau, nicht sehr glanzvoll, wahrhaftig, der zerfällt, und davor Einer, ein Jude! Ein Jude, dem bis zur letzten Kreatur jeder etwas zu verdanken hat, und der in